Ressort: Lokales

Amnesty kritisiert neues NRW-Polizeigesetz

Berlin, 12.12.2018, 19:32 Uhr

GDN - Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International hat das neue NRW-Polizeigesetz scharf kritisiert. Man sehe in dem Gesetz eine Gefährdung zentraler Rechtsstaatsprinzipien und elementarer Menschenrechte, sagte Maria Scharlau, Expertin für Polizei und Menschenrechte bei Amnesty International in Deutschland, am Mittwoch.

"Zwar haben die Regierungsfraktionen den ersten Entwurf entschärft, das Gesetz genügt aber mit seinen unbestimmten Befugnissen nicht den Anforderungen eines Rechtsstaats." In einem Rechtsstaat müsse so klar geregelt sein, was die Polizei dürfe, dass alle Menschen in etwa wüssten, durch welches Verhalten sie ins Visier der Polizei geraten könnten, so Scharlau weiter. "Es ist aber völlig unklar, welche `bestimmten Tatsachen` die `Annahme rechtfertigen` können sollen, dass eine Person `innerhalb eines übersehbaren Zeitraums` eine Straftat begehen wird." Man befürchte, dass die Polizei grundrechtlich geschützte Handlungen heranziehen könnte, um in Menschen "zukünftige Straftäter" zu sehen. "Das verstößt gegen die Unschuldsvermutung, weil Menschen durch diese Maßnahmen de facto bestraft werden, ohne dass sie sich strafbar verhalten haben", sagte Scharlau.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-116850/amnesty-kritisiert-neues-nrw-polizeigesetz.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619